Klein, McChrystal

Zerstörter Tanklastzug

ANJA NIEDRINGHAUS / AP (L.); WAHDAT / REUTERS (R.)

BUNDESWEHR

Fehler in der Operationsführung

Die Bundesregierung hat die Nato gedrängt, sich in dem Untersuchungsbericht über die Bombardierung von zwei Tanklastzügen in Afghanistan mit einer Beurteilung zurückzuhalten. Am 15. Oktober gaben Vertreter der Bundesregierung dem Nato-Oberkommandierenden in Europa, Admiral James G. Stavridis, bei seinem Besuch in Berlin zu verstehen, dass eine deutliche Verurteilung des deutschen Oberst Georg Klein durch die Nato in Deutschland zu juristischen Problemen führen könnte. Der Oberst hatte am 4. September die Bombardierung der Tanklastzüge in der Nähe von Kunduz befohlen, bei der nicht nur Taliban, sondern auch mehrere Dutzend Zivilisten ums Leben gekommen sind. Derzeit prüft die Generalstaatsanwaltschaft Dresden, ob sie ein Ermittlungsverfahren gegen den Oberst einleitet. Nach Informationen des SPIEGEL weist der Bericht auf klare Fehler in der deutschen Operationsführung hin. Oberst Klein, Kommandeur des Wiederaufbau-teams in Kunduz, habe sich nicht an das Standard-Einsatzverfahren, die sogenannten Standing Operation Procedures, ge-

halten. So habe er die Luftunterstützung mit der Begründung angefordert, seine Truppen hätten Feindberührung, obwohl sich keine Isaf-Soldaten in der Nähe der Tanker aufhielten. Er habe es abgelehnt, als niedrigere Eskalationsstufe die F-15-Jagdbomber zunächst im Tiefflug über die Tanker fliegen zu lassen. Zudem sei es möglich, dass es angesichts der unübersichtlichen Lage nicht ausreichend war, sich auf eine einzige menschliche Quelle und die Live-Bilder der Luftunterstützung zu verlassen. Darüber hinaus wird allerdings auch auf mehreren Seiten die militärisch angespannte Lage in Kunduz vor der Bombardierung geschildert. „Der Bericht liefert Argumente für die Verurteilung von Oberst Klein, genauso wie zu seiner Entschuldigung“, sagt ein Kenner des Berichts. Der für Afghanistan zuständige Isaf-Kommandeur, US-General Stanley McChrystal, lehnte eine Stellungnahme ab, denn das Papier sei als geheim eingestuft. „Der Bericht liegt nun bei den Deutschen, die selbst entscheiden müssen, welche Schlussfolgerungen sie daraus ziehen“, sagte einer seiner Sprecher dem SPIEGEL.

EU

Notlösung Oettinger

Günther Oettinger ist für den Posten des deutschen EU-Kommissars nur die dritte Wahl von Bundeskanzlerin Angela Merkel gewesen. Vor Oettinger habe die Regierungschefin Norbert Röttgen gefragt, hieß es in Kreisen der Union. Röttgen habe es aber vorgezogen, als Umweltminister in die Bundesregierung einzuziehen. Auch bei Roland Koch habe die Kanzlerin nachgefragt. Der hessische Regierungschef habe aber schon vor längerer Zeit

Oettinger

SEAN GALLUP / GETTY IMAGES

signalisiert, dass er in Wiesbaden bleiben wolle. Merkel habe dagegen die Eigenbewerbung von Ursula von der Leyen abgelehnt, von Berlin nach Brüssel zu wechseln, weil es in der Union keinen glaubwürdigen Ersatz für die Bundesfamilienministerin gegeben habe. Merkels Entscheidung für Oettinger als neuen EU-Kommissar kam für viele in der Union überraschend und sorgte insbesondere bei den Europapolitikern für Ärger. Oettingers Expertise in Finanz- und Wirtschaftsfragen ist zwar unumstritten, er verfügt aber über keine nennenswerte Erfahrung mit dem Brüsseler Politikbetrieb.